Statistischer Bericht

L III 5 - j / 13

Versorgungsempfänger im Land Brandenburg am 1. Januar 2013

Impressum

Statistischer Bericht L III 5 – j / 13

Erscheinungsfolge: jährlich Erschienen im Februar **2014**

Preis

pdf-Version: kostenlos Excel-Version: kostenlos Druck-Version: 6,— EUR

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Behlertstraße 3a 14467 Potsdam info@statistik-bbb.de www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel. 0331 8173 - 1777 Fax 030 9028 - 4091

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam, 2014



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung 3.0 Deutschland zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Seite

Statistischer Bericht L III 5 – j / 13

Inhaltsverzeichnis

	Vorbemerkungen	4
1	Tabellen Entwicklung der Versorgungsempfänger am 1. Januar nach Art der Versorgung	6
2	Versorgungsempfänger am 1. Januar 2013 nach Rechtsgrundlage, Laufbahngruppen, Art der Versorgung und Geschlecht	8
3	Versorgungsempfänger am 1. Januar 2013 nach Art des früheren Dienstverhältnisses, Art der Versorgung und Geschlecht	9
4	Versorgungsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht am 1. Januar 2013 nach Altersgruppen, Art der Versorgung und Geschlecht	10
5	Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2012 nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Laufbahngruppen	11
6	Durchschnittsalter der Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2012 nach Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen	12

Vorbemerkungen

Allgemeine Angaben zur Statistik

• Bezeichnung der Statistik

Versorgungsempfängerstatistik

• Berichtszeitraum

Stichtagserhebung zum 01.01. des jeweiligen Jahres

Periodizität

iährlich

• Grundgesamtheit, Erhebungseinheiten

Die Versorgungsempfängerstatistik liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Altersicherungssystems. Hierzu gehören Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht sowie nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz und nach beamtenrechtlichen Grundsätzen.

Zu den Erhebungseinheiten gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände, das Bundeseisenbahnvermögen und die vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. betreuten Versorgungsempfänger und die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger, die Träger der Zusatzversicherung und die rechtlich selbstständigen Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit.

• Rechtsgrundlagen

Die Versorgungsempfängerstatistik wird entsprechend den Bestimmungen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBI. I S. 438), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.

Zweck und Ziele der Statistik

• Erhebungsinhalte

Versorgungsempfänger, die eine Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht, nach Kap. I des Gesetzes zu Art. 131 Grundgesetz oder eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten, werden nach folgenden Erhebungsmerkmalen erfasst:

- Geburtsmonat und -jahr, 1
- Geschlecht, Familienstand, 2.
- 3. Art des früheren Dienstverhältnisses,
- Rechtsgrundlage der Versorgung,
- Art des Versorgungsanspruchs, 5.
- 6. Laufbahngruppe, Besoldungsgruppe,
- 7. Wohnort,
- 8. Ruhegehaltssatz,
- Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, 9.
- Bruttobezüge des Vorjahres,
- 11. Bezügebestandteile im Berichtsmonat.

• Zweck der Statistik

Die Daten der Versorgungsempfängerstatistik dienen

zusammen mit den Personalstandsdaten der aktiven Beamten, Richter und Soldaten als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten- und Soldatenversorgungsrechts. Außerdem werden die Ergebnisse für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte verwendet.

Die Versorgungsempfängerstatistik dient in Verbindung mit der Personalstandstatistik insbesondere als Datengrundlage für den Versorgungsbericht der Bundesregierung und die Kalkulation der Zuweisungssätze für den Versorgungsfonds des Bundes. Darüber hinaus fließen die Ergebnisse der Statistik in die Haushaltsplanung des Bundes ein und sind Grundlage zur Ermittlung von Pensionsverbindlichkeiten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnuna.

• Hauptnutzer der Statistik

Neben dem Bundes-/Landesministerium des Innern, welche für die Weiterentwicklung des Versorgungsrechts zuständig sind, das Bundes-/Landesministerium der Finanzen für die Erstellung des Haushaltsplans bezüglich der künftigen Versorgungsausgaben sowie Interessenten aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Erhebungsmethodik

· Art der Datengewinnung

Die Daten der Versorgungsempfängerstatistik werden überwiegend von zentralen Versorgungskassen nach einem jährlich weitgehend gleich bleibenden Merkmalskatalog in Form von Einzeldatensätzen auf maschinell auswertbaren Datenträgern geliefert. Bei einzelnen Berichtsstellen, die dieses Verfahren nicht anwenden können, werden die Daten mit einem Erhebungsvordruck erfasst. Es handelt sich bei der Versorgungsempfängerstatistik um eine Vollerhebung, für die nach § 11 FPStatG Auskunftspflicht besteht.

• Erhebungsinstrumente und Berichtsweg

Bei allen Einheiten des Bundes wird die Befragung zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die übrigen Einheiten werden vom zuständigen Statistischen Landesamt befragt. Die Bundes- und einzelnen Länderergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt in aggregierter Form zusammengeführt.

Merkmale

Sozialversicherung

Einrichtungen der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Rentenversicherung unter Aufsicht des Landes.

• Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform

Rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter Aufsicht des Landes oder der Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich Zweckverbände stehen. Hierzu zählen z. B.: Kommunaler Versorgungsverband, Stiftung Preußische Schlösser und

Gärten, Amt für Statistik, Stiftung Europa-Universität Viadrina.

• Versorgungsempfänger nach Beamtenversorgungs-

Personen, welche nach beamtenrechtlichen Vorschriften versorgt werden. Hierzu zählen ehemalige Beamte, Beamtinnen, Richter, Richterinnen sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamten, Beamtinnen, Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen.

• Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen

Bezieher und Bezieherinnen von Amtsgehalt, (Ministerpräsidenten der Länder. Minister. Senatoren. Parlamentarische Staatssekretäre) und Angestellte/Arbeiter welche aufgrund einer Dienstordnung beschäftigt waren sowie ihre Hinterbliebenen.

• Ruhegehaltsempfänger

Beamte, Beamtinnen, Richter, Richterinnen im Ruhestand, ehemalige Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen mit beamtenrechtlicher Hauptversorgung.

• Empfänger von Witwen-/Witwergeld

Hinterbliebene Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

• Empfänger von Waisengeld

Hinterbliebene Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten, soweit sie Waisengeld in Höhe von 12% (Halbwaisen), 20%

(Vollwaisen) oder 30% (Unfallwaisen) des Ruhegehalts/Ruhelohns erhalten.

• Versorgungsurheber

Person, aus deren früherem Dienstverhältnis der Anspruch der Hinterbliebenen auf Versorgung abgeleitet wird.

Laufbahngruppen

Die Versorgungsempfänger/-empfängerinnen werden unter Berücksichtigung der sogenannten Spitzenämter der ihrer Besoldungsgruppe entsprechenden Laufbahngruppe des Versorgungsurhebers zugeordnet.

Altersarenze

Gesetzlich bestimmter Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand.

Antragsaltergrenze

bei Schwerbehinderung oder allgemeine Antragsaltersgrenze.

• Regelaltersgrenze

gesetzlich festgelegter Zeitpunkt des Ruhestandseintritts in der Regel 67. Lebensjahr (ohne besondere Altersgrenze).

• Besondere Altersgrenze

Vorgezogene Regelaltersgrenze (z. B. im Polizeidienst, Vollzugsdienst, Feuerwehr).

· Dienstunfähigkeit

liegt vor, wenn der Beamte, die Beamtin, Richter, Richterin aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen.

• Versorgungsbezüge

Es wird der monatliche Bruttobetrag für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen.

1 Entwicklung der Versorgungsempfänger am 1. Januar nach Art der Versorgung

	Empfänger/-innen von								
Jahr	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld					
		Öffentlicher Die	enst insgesamt						
1995	69	54	7	8					
2000	505	314	105	86					
2005	1 631	1 170	273	188					
2006	1 934	1 436	300	198					
2007	2 233	1 688	336	209					
2008	2 827	2 194	434	199					
2009	3 316	2 634	486	196					
2010	4 632	3 710	730	192					
2011	5 324	4 385	764	175					
2012	6 037	5 046	812	179					
2013	6 863	5 802	873	188					
	Land								
2005	1 265	849	236	180					
2006	1 544	1 091	262	191					
2007	1 808	1 317	291	200					
2008	2 161	1 654	318	189					
2009	2 600	2 054	364	182					
2010	3 068	2 468	421	179					
2011	3 691	3 076	456	159					
2012	4 350	3 678	507	165					
2013	5 113	4 376	565	172					
	Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände)								
2005	249	232	14	3					
2006	270	250	15	5					
2007	291	269	18	4					
2008	311	290	17	4					
2009	358	326	24	8					
2010	396	362	30	4					
2011	452	411	36	5					
2012	501	454	41	6					
2013	543	492	44	7					

1 Entwicklung der Versorgungsempfänger am 1. Januar nach Art der Versorgung

	Empfänger/-innen von								
Jahr	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld					
		Sozialvers	Sozialversicherung ¹						
2005	112	84	23	5					
2006	115	90	23	2					
2007	129	97	27	5					
2008	350	245	99	6					
2009	350	246	98	6					
2010	1 158	870	279	9					
2011	1 170	887	272	11					
2012	1 174	903	263	8					
2013	1 193	921	263	9					
	Einricht	ungen in öffentlic	h-rechtlicher Red	chtsform					
2005	5	5	_	_					
2006	5	5	_	_					
2007	5	5	_	_					
2008	5	5	_	_					
2009	8	8	_	_					
2010	10	10	_	_					
2011	11	11	_	_					
2012	12	11	1	_					
2013	14	13	1	-					

¹ Jahr 2010 Zusammenschluß AOK Berlin und Brandenburg; Jahr 2011 Zusammenschluß AOK Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zur AOK-Nordost

2 Versorgungsempfänger am 1. Januar 2013 nach Rechtsgrundlage, Laufbahngruppen, Art der Versorgung und Geschlecht

	Empfänger/-innen von		Darunter Empfängerinnen von					
Rechtsgrundlage der Versorgung	Versorgungs-	Dubo	Witwen-/	Maison	Versorgungs-	dar	darunter	
Laufbahngruppen	bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwer- geld	Waisen- geld	bezügen zusammen	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	
nsgesamt	6 863	5 802	873	188	2 538	1 718	725	
/ersorgung nach Beamtenversorgungsrecht	5 869	5 018	671	180	2 118	1 494	534	
Höherer Dienst	1 458	1 266	156	36	363	207	142	
Gehobener Dienst	2 601	2 242	287	72	1 224	986	201	
Mittlerer Dienst	1 795	1 499	225	71	523	297	188	
Einfacher Dienst/Sonstige	15	11	3	1	8	4	3	
/ersorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	994	784	202	8	420	224	191	
and	5 113	4 376	565	172	1 894	1 374	432	
/ersorgung nach Beamtenversorgungsrecht	5 099	4 363	564	172	1 891	1 371	432	
Höherer Dienst	966	838	97	31	251	151	86	
Gehobener Dienst	2 388	2 071	246	71	1 127	930	161	
Mittlerer Dienst	1 731	1 444	218	69	506	287	182	
Einfacher Dienst/Sonstige	14	10	3	1	7	3	3	
ersorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	14	13	1	_	3	3	-	
Gemeinden und Gemeindeverbände								
einschl. kommunale Zweckverbände)	543	492	44	7	128	86	40	
ersorgung nach Beamtenversorgungsrecht	543	492	44	7	128	86	40	
Höherer Dienst	408	370	34	4	80	49	31	
Gehobener Dienst	76	70	5	1	34	28	5	
Mittlerer Dienst	59	52	5	2	14	9	4	
Einfacher Dienst/Sonstige	_	_	_	_	_	_	_	
ersorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	-	_	_	_	-	_	-	
Sozialversicherung	1 193	921	263	9	512	255	252	
ersorgung nach Beamtenversorgungsrecht	213	150	62	1	95	34	61	
Höherer Dienst	72	47	24	1	29	5	24	
Gehobener Dienst	135	99	36	_	62	27	35	
Mittlerer Dienst	5	3	2	_	3	1	2	
Einfacher Dienst/Sonstige	1	1	_	_	1	1	_	
/ersorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	980	771	201	8	417	221	191	
Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher								
Rechtsform	14	13	1	_	4	3	1	
ersorgung nach Beamtenversorgungsrecht	14	13	1	_	4	3	1	
Höherer Dienst	12	11	1	_	3	2	1	
Gehobener Dienst	2	2	_	_	1	1	_	
Mittlerer Dienst	_	_	_	_	_	_	_	
Einfacher Dienst/Sonstige	_	_	_	_	_	_	_	
/ersorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	_	_	_	_	_	_	_	

3 Versorgungsempfänger am 1. Januar 2013 nach Art des früheren Dienstverhältnisses, Art der Versorgung und Geschlecht

	Empfänger/-innen von		Darunter Empfängerinnen von				
Rechtsgrundlage der Versorgung —	Versorgungs-	Ruhe-	Witwen-/	Waisen-	Versorgungs-	darunter	
Art des früheren Dienstverhältnisses	bezügen gehalt W		Witwer- geld	geld	bezügen zusammen	Ruhe- gehalt	Witwen- geld
			.=.	400	0.500	4 = 40	
Insgesamt	6 863	5 802	873	188	2 538	1 718	725
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	5 869	5 018	671	180	2 118	1 494	534
Beamte im Schuldienst	1 231	1 071	119	41	835	768	49
Beamte im Vollzugsdienst	2 619	2 223	308	88	596	265	283
Beamte in übrigen Bereichen	1 847	1 579	227	41	628	422	188
Richter	172	145	17	10	59	39	14
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	994	784	202	8	420	224	191
darunter Land	5 113	4 376	565	172	1 894	1 374	432
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	5 099	4 363	564	172	1 891	1 371	432
Beamte im Schuldienst	1 231	1 071	119	41	835	768	49
Beamte im Vollzugsdienst	2 565	2 175	304	86	589	263	279
Beamte in übrigen Bereichen	1 131	972	124	35	408	301	90
Richter	172	145	17	10	59	39	14
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	14	13	1	-	3	3	_
darunter Gemeinden und Gemeindeverbände							
(einschl. kommunale Zweckverbände)	543	492	44	7	128	86	40
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	543	492	44	7	128	86	40
Beamte im Vollzugsdienst	54	48	4	2	7	2	4
Beamte in übrigen Bereichen	489	444	40	5	121	84	36

4 Versorgungsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht am 1. Januar 2013 nach Altersgruppen, Art der Versorgung und Geschlecht

	Er	mpfänger/-i	nnen von	Darunter Empfängerinnen von			
Altersgruppen	Versorgungs-	Dute	Witwen-/	\A/=:	Versorgungs-	darunter	
in Jahren	bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwer- geld	Waisen- geld	bezügen zusammen	Ruhe- gehalt	Witwen- geld
Land	5 099	4 363	564	172	1 891	1 371	432
unter 15	43	_	_	43	24	_	_
15 bis unter 20	33	_	_	33	18	_	_
20 bis unter 25	69	_	_	69	37	_	_
25 bis unter 30	25	_	_	25	9	_	_
30 bis unter 35	6	2	2	2	4	2	2
35 bis unter 40	34	30	4	_	22	19	3
40 bis unter 45	56	35	21	_	36	22	14
45 bis unter 50	193	137	56	_	127	83	44
50 bis unter 55	339	227	112	_	224	140	84
55 bis unter 60	472	334	138	_	284	180	104
60 bis unter 65	1 699	1 575	124	_	467	367	100
65 bis unter 70	1 650	1 601	49	_	548	509	39
70 bis unter 75	381	336	45	_	71	41	30
75 bis unter 80	84	73	11	_	16	6	10
80 bis unter 85	15	13	2	_	4	2	2
85 bis unter 90	_	_	_	_	_	_	_
90 bis unter 95	_	_	_	_	_	_	_
95 und mehr	_	_	_	-	_	-	-
Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände)	543	492	44	7	128	86	40
unter 15	1	-		1	1	_	_
15 bis unter 20	1	_	_	1	· _	_	_
20 bis unter 25	4	_	_	4	1	_	_
25 bis unter 30	1	_	_	1	_	_	_
30 bis unter 35	_	_	_	_	_	_	_
35 bis unter 40	1	1	_	_	1	1	_
40 bis unter 45	4	3	1	_	2	2	_
45 bis unter 50	12	11	1	_	5	4	1
50 bis unter 55	32	27	5	_	14	9	5
55 bis unter 60	68	64	4	_	18	15	3
60 bis unter 65	113	105	8	_	26	19	7
65 bis unter 70	154	143	11	_	37	26	11
70 bis unter 75	106	96	10	_	20	10	10
75 bis unter 80	35	31	4	_	3	_	3
80 bis unter 85	11	11	_	_	_	_	_
85 bis unter 90			_	_	_	_	_
90 bis unter 95	_	_	_	_	_	_	_
95 und mehr	_	_	_	_	_	_	_

5 Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2012 nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles, Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen¹

			sempfänge	er				
	Ins-		Beamte				einfacher	
Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	gesamt	_	im	im ıl- Vollzugs-	in übrigen Be-	höherer	ge- hobener	und mittlerer
		dienst	dienst	reichen		Dienst		
Insgesamt	777	268	333	176	92	448	237	
Dienstunfähigkeit	134	75	35	24	5	100	29	
Besondere Altersgrenze	297	-	297		6	100	191	
Hinausgeschobene besondere Altersgrenze auf Antrag	1	_	1	_	_	-	101	
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung und bei	•							
besonderer Altersgrenze	22	15	_	7	3	19	_	
Allgemeine Antragsaltersgrenze	86	69	_	, 17	7	77	2	
Gesetzliche Regelaltersgrenze	224	108		116	60	150	14	
•	6		_	6	6		14	
Regelaltersgrenze nach dem 67. LebensjahrHinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	6	- 1	_	5	4	- 2	_	
Einstweiliger Ruhestand	-	1	_	5	4	2	_	
<u> </u>	1	_	_	1	1	_	_	
Ablauf der festgesetzten Dienstzeit	1	_	_	1	'	_	_	
Sonstige Gründe	_	_	_	_	_	_	_	
darunter Land	733	268	322	143	80	428	225	
Dienstunfähigkeit	122	75	32	15	3	92	27	
Besondere Altersgrenze	289	_	289	_	6	98	185	
Hinausgeschobene besondere Altersgrenze auf Antrag	1	_	1	_	_	_	1	
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung und bei								
besonderer Altersgrenze	22	15	_	7	3	19	_	
Allgemeine Antragsaltersgrenze	79	69	_	10	4	74	1	
Gesetzliche Regelaltersgrenze	209	108	_	101	55	143	11	
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	5	_	_	5	5	_	_	
Hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	6	1	_	5	4	2	_	
Einstweiliger Ruhestand	_	_	_	_	_	_	_	
Ablauf der festgesetzten Dienstzeit	_	_	_	_	_	_	_	
Sonstige Gründe	-	-	_	-	_	-	_	
darunter Gemeinden/Gemeindeverbände								
(einschl. kommunale Zweckverbände)	39	_	11	28	9	18	12	
Dienstunfähigkeit	10	_	3	7	1	7	2	
Besondere Altersgrenze	8	_	8	_	· _	2	6	
Hinausgeschobene besondere Altersgrenze auf Antrag	_	_	_	_	_	_	_	
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung und bei								
besonderer Altersgrenze	_	_	_	_	_	_	_	
Allgemeine Antragsaltersgrenze	7	_	_	7	3	3	1	
Gesetzliche Regelaltersgrenze	13	_	_	13	4	6	3	
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	-	_	_	-	-	-	_	
Hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	_	_	_	_	_	_	_	
Einstweiliger Ruhestand	_	_	_	_		_	_	
Ablauf der festgesetzten Dienstzeit	_ 1	_	_	1	1	_	_	
	I	_	_	I	- 1	_	_	

¹ nur Ruhegehaltsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht

6 Durchschnittsalter der Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2012 nach Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen

Rechtsgrundlage der Versorgung —	Insgesamt	Höherer	Gehobener	Einfacher und mittlerer				
Art des früheren Dienstverhältnisses		Dienst						
	I	Durchschnitts	alter in Jahrer	1				
Insgesamt	60,9	63,7	61,1	59,2				
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	61,0	64,1	61,2	59,3				
Beamte im Schuldienst	61,8	65,0	61,8	_				
Beamte im Vollzugsdienst	59,2	60,0	59,2	59,1				
Beamte in übrigen Bereichen	63,2	64,7	62,2	61,3				
Richter	62,4	62,4	_	_				
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	58,2	60,4	56,9	57,1				
darunter Land	61,0	64,2	61,2	59,2				
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	61,0	64,2	61,2	59,2				
Beamte im Schuldienst	61,8	65,0	61,8	_				
Beamte im Vollzugsdienst	59,2	60,0	59,2	59,1				
Beamte in übrigen Bereichen	63,3	65,0	62,4	60,5				
Richter	62,4	62,4	_	_				
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	-	-	-	-				
darunter Gemeinden/Gemeindeverbände								
(einschl. kommunale Zweckverbände)	61,6	64,6	60,9	60,6				
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	61,6	64,6	60,9	60,6				
Beamte im Vollzugsdienst	58,7	_	59,2	58,5				
Beamte in übrigen Bereichen	62,8	64,6	61,2	64,8				

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse. Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

Amtliche Statistik im Verbund

Die Statistiken werden bundesweit nach einheitlichen Konzepten, Methoden und Verfahren arbeitsteilig erstellt. Die statistischen Ämter der Länder sind dabei grundsätzlich für die Durchführung der Erhebungen, für die Aufbereitung und Veröffentlichung der Länderergebnisse zuständig. Durch diese Kooperation in einem "Statistikverbund" entstehen für alle Länder vergleichbare und zu einem Bundesergebnis zusammenführbare Erhebungsresultate.

Produkte und Dienstleistungen

Informationsservice

info@statistik-bbb.de
mit statistischen Informationen für
jedermann und Beratung sowie maßgeschneiderte Aufbereitungen von Daten
über Berlin und Brandenburg.
Auskunft, Beratung, Pressedienst sowie Fachbibliothek.

Standort Potsdam

Behlertstraße 3a, 14467 Potsdam Tel. 0331 8173 - 1777 Fax 030 9028 - 4091 Mo – Do 9 – 15 Uhr, Fr 9 – 14 Uhr

Standort Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin

Bibliothek Tel. 030 9021 - 3540 Mo – Do 9 – 15 Uhr, Fr 9 – 14 Uhr

Internet-Angebot

www.statistik-berlin-brandenburg.de mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einem Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes.

Statistische Jahrbücher

mit einer Vielzahl von Tabellen aus nahezu allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik.

Statistische Berichte

mit Ergebnissen der einzelnen Statistiken in Tabellen in tiefer sachlicher Gliederung und Grafiken zur Veranschaulichung von Entwicklungen und Strukturen.

Mit dieser Reihe werden die bisherigen Veröffentlichungen Statistischer Berichte aus dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg sowie dem Statistischen Landesamt Berlin fortgesetzt.

Datenangebot aus dem Sachgebiet

Informationen zu dieser Veröffentlichung

Referat 21

Tel. 0331 8173 - 1213 <u>Personalstatistik@statistik-bb</u>b.de

Personaistatistik@statistik-bbb.de

Weitere Veröffentlichungen zum Thema Statistische Berichte:

- Personal im öffentlichen Dienst L III 2
- Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände Ergebnisse nach Produktgruppen L III 3
- Regionalisierte Ergebnisse des Personals im öffentlichen Dienst L III 4

Statistisches Bundesamt:

 Personal des öffentlichen Dienstes Fachserie 14, Reihe 6

Diese Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes steht im Internet www.destatis.de.